37. Programm der Ungarländischen Deutschen Volkspartei

A

Wir deutschsprachigen Bürger Ungarns wollen, unbeschadet unserer bewährten Staatstreue, unser Volksthum aufrecht erhalten und fordern darum als wesentlichen Bestandtheil unserer staatsbürgerlichen Rechte die strikte Durchführung der zum Schutze aller Nationalitäten wohl schon bestehenden, aber nicht eingehaltenen Gesetze und die Schaffung neuer Gesetze zu diesem Zweck und fordern dies ebenso entschieden, als wir die uns als Bürgern unseres Vaterlandes obliegenden Pflichten bis jetzt immer treu erfüllt haben und auch in Zukunft treu erfüllen wollen und werden.

B

Wir fordern gewissenhafte, strenge Einhaltung des Nationalitätengesetzes als das Mindestmaß dessen, was wir zur freien Entfaltung unserer Kultur, zur ungehinderten Bethätigung unseres Volksthums und zum freien Gebrauche unserer deutschen Muttersprache im öffentlichen Leben unbedingt brauchen und mit allen gesetzlichen Mitteln zu vertheidigen fest entschlossen sind.

C

Insbesondere fordern wir als freie gleichberechtigte Staatsbürger die gesetzlich begründete Achtung und freie Benützung unserer deutschen Muttersprache im Gemeinde- und Munizipalleben, die deutsche Protokollsprache, wo wir dazu berechtigt sind, und den freien Gebrauch der Muttersprache im Verkehr mit den Staatsbehörden innerhalb der vom Gesetz gezogenen Schranken.

D

Wir verwahren uns gegen jede immer wieder versuchte Einschränkung des Gebrauches unserer Muttersprache in Kirche und Schule und gegen jede Verletzung des auf dem Gebiete derselben uns zustehenden Selbstbestimmungsrechtes, insbesondere in Betreff der für die Erhaltung unserer Kultur unentbehrlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache. So lange der Staat seiner noch heute bestehenden gesetzlichen Verpflichtung, Schulen mit der Unterrichtssprache aller Bewohner Ungarns zu errichten, die zu fordern wir nicht müde werden, nicht nachkommt, bekämpfen wir jede Verstaatlichung von konfessionellen oder Gemeindeschulen.

E

Wir wollen mit allen Mitbürgern anderer Zunge in Frieden und Freundschaft leben und ihre Rechte, sowie die Ansprüche der Staatssprache, soweit sie gesetzlich berechtigt sind, ebenso achten, wie wir die Achtung unserer Rechte fordern und mit allen gesetzlichen Mitteln zu behaupten entschlossen sind.

F

Wir fordern die gesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes und eine unparteiische, wohlwollende Stellungnahme der Behörden gegenüber den politischen und Kulturbestrebungen ebenso der deutschen und aller übrigen nichtmagyarischer Bewohner unserer Heimat, wie der Magyaren, sowie gesetzliche Garantien für die unparteiische Durchführung der in solchem Sinne zu erbringenden Gesetze.

G

Wir fordern eine freisinnige Anwendung des Preßgesetzes auch auf die Zeitungen der Nichtmagyaren, die Aufhebung der Kautionen, die Reform des schwurgerichtlichen Verfahrens und das Aufhören der bisherigen, von Seiten der Staatsanwaltschaften erfahrenen ungerechtfertigten Verfolgungen.

H

Wir fordern das allgemeine, geheime, direkte, gleiche Stimmrecht und die gemeindeweise Abstimmung für die Reichstagswahlen in gerecht und zweckmäßig eingetheilten, völkisch möglichst einheitlichen Wahlkreisen, das Fernhalten jeder behördlichen Einmischung und Beschränkung des Wahlrechtes, strengstes Verbot und strengste Bestrafung jeder materiellen Beeinflussung der Wahlen durch Fuhrlohn, Bewirtung und Versprechung der Zuwendung von Vorteilen und Leitung der Wahlen durch unparteiische Funktionäre.

I

Wir fordern eine Reform des verrotteten Komitatswahlsystemes und die Beseitigung des mit dem Begriffe der munizipalen Autonomie getriebenen Missbrauches, Abschaffung des Kanditationsrechtes der Vizegespane und Oberstuhlrichter und des Stimmrechtes der Munizipalbeamten, Beseitigung des Komitatsnepotismus, Aufhören der staatlichen Bevormundung, die Ausscheidung der Städte aus der Komitatsvormundschaft, die Schaffung einer auf Gleichberechtigung aufgebauten wirklichen Selbstverwaltung in Munizipium und Gemeinde und den unbedingten Anschluß der Grundherrschaften an die Gemeinden.

K

Wir fordern auch eine Vereinfachung der staatlichen Verwaltung, Verminderung der Zahl der Beamten und eine ihre Unabhängigkeit sichernde Dienstpragmatik.

L

Wir fordern eine gründliche Steuerreform, unparteiische Auswerfung der Steuern, Einführung der progressiven Steuer im Anschlusse an eine neue, gerechte Katasteraufnahme, eine Reform des Genossenschaftsgesetzes und die Unterstützung einer freien Entwicklung des von den Fesseln der staatlichen Zentralisierung zu befreienden Genossenschaftswesens, sowie die Schaffung eines klaren Gebührengesetzes.

M

Wir fordern die Schaffung eines Heimstättengesetzes zum Schutze und zur Erhaltung des Bauernstandes und sämmtlicher produzierender Volksklassen, die Abänderung der für die Landwirtschaft schädlichen Bestimmungen des Jagdgesetzes, die Ablösung der zum Verkauf geeigneten Staatsgüter durch die angrenzenden Gemeinden und Ablösung der Fundationalgüter durch die Kontraktualisten.

Allen sonstigen berechtigten Forderungen unserer Stammesgenossen und unserer ungarländischen Volksgenossen ohne Unterschied der Sprache, soweit solche Forderungen zum Ausbau eines wahrhaften Rechtsstaates auf Grundlage vollkommener bürgerlicher und nationaler Gleichberechtigung notwendig sind, wollen wir als Angehörige der politisch einheitlichen, wenn auch aus verschiedenen Völkern bestehenden ungarischen Nation in unentwegter Treue für König und Vaterland im muthigen Kampfe für Recht und Freiheit zum baldigen Siege zu verhelfen trachten, damit das Wort des größten Ungarns wahr werde:

Ungarn war nicht, sondern wird sein, sein ein vollwerthiges Mitglied der europäi­schen Staatenfamilie, der Sitz freier und glücklicher Völker.

Budapest, im März 1907.

Der Centralwahlausschuss derUngarländischen Deutschen Volkspartei.

Dr. Ludwig Kremling, Obmann, Johann Röser jun., Obmann-Stellvertreter.

Quelle: Programm der Ungarländischen Deutschen Volkspartei, Cservenka 1907, Buchdruckerei Adam Welker, S. 1-8.